

Senatsbeschlüsse

der 196. Sitzung des Senats

am 29.01.2019, 11:15 Uhr

4780.) Beschlüsse der Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft vom 22. bis 24.01.2019

Beschluss:

Der Senat nimmt die Beschlüsse der Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft vom 22. bis 24. Januar 2019 zur Kenntnis und fasst folgende Einzelbeschlüsse:

Stadtbürgerschaft am 22. Januar 2019

(Schreiben des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft an den Präsidenten des Senats vom 23. Januar 2019)

Nr. 19/590 S

Fragestunde

1. Reinigungsnotstand KiTa Bremen
Anfrage der Abgeordneten Julie Kohlrausch, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 5. Dezember 2018
2. Wie geht es weiter in den Räumen der ehemaligen Station 63 am Klinikum Bremen-Ost?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 5. Dezember 2019
3. Zukunft der ehemaligen „Teppich-Börse Bremen“ in der Duckwitzstraße
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 5. Dezember 2019
4. Rahmenkonzept Kulturelle Bildung (Vorlage Nr. 43, städtische Deputation für Kultur am 7. Juni 2016)
Anfrage der Abgeordneten Miriam Strunge, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 5. Dezember 2018
5. Gebrauch von Plastikeinwegprodukten in den Messehallen
Anfrage der Abgeordneten Frank Imhoff, Heiko Strohmann, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 6. Dezember 2018

6. Wie geht es weiter mit der Querverbindung Ost?

Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Heiko Strohmann, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 6. Dezember 2018

7. Wann kommt das Freiwilligenticket im ÖPNV?

Anfrage der Abgeordneten Miriam Strunge, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 6. Dezember 2018

8. Ausbau der Oberschule an der Hermannsburg

Anfrage der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 10. Dezember 2018

9. Unhaltbare Zustände im Nelson-Mandela-Park

Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 12. Dezember 2018

10. „Itslearning“ auch als digitales Klassenbuch verwenden

Anfrage der Abgeordneten Julie Kohlrausch, Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 12. Dezember 2018

Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

11. Einsatz von Videodolmetschen im Gesundheitsbereich

Anfrage der Abgeordneten Peter Erlanson, Claudia Bernhard, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 20. Dezember 2018

12. Umgang mit Hygienemängeln und MRE-Patienten bei der GENO

Anfrage des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD) vom 4. Januar 2019

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/591 S

Aktuelle Stunde

Die Stadtbürgerschaft führt auf Antrag der Abgeordneten Claudia Bernhard, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

"Platzverweise und beschlagnahmte Schlafsäcke im Winter: Hilfe für Wohnungslose statt Verdrängungspolitik am Bahnhof".

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/592 S

Schwimmen gehen muss erschwinglich bleiben – Erhöhung der Eintrittspreise bei den Bremer Bädern aussetzen!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 15. Januar 2019
(Drucksache [19/897 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/593 S

Neue Preisstruktur bei den Bremer Bädern entwickeln, Preiserhöhungen für Kinder, Familien, „Sondertarife nur mit Ausweis“ und Schwimmkurse aussetzen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 22. Januar 2019
(Drucksache [19/907 S](#))

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. der städtischen Deputation für Sport zur Aprilsitzung 2019 ein Konzept einer Neugestaltung der Preisstruktur unter den Aspekten Förderung der Erlangung der Schwimmfähigkeit breiter Bevölkerungskreise und des Schwimmsportes, Auswirkung auf die Gesundheitsprophylaxe und weiterer sozialer Belange vorzulegen.
2. der städtischen Deputation für Sport bis zur Aprilsitzung 2019 gleichfalls ein Konzept vorzulegen, wie den Schwimmvereinen und der DLRG ausreichend Kapazitäten sowie Bahnzeiten für „Schwimm-Lern-Kurse“ und zur Qualifikation von Schwimmlehrern zur Verfügung gestellt werden können. Das Konzept muss auch Aussagen über die damit verbundenen Kosten beinhalten.
3. zur Sicherstellung des Schwimmsports und von Kursangeboten im Grohner Sportbad und im Hansewasser-Bad (beide nicht zur Bremer Bäder GmbH gehörend) und für die Planungssicherheit der dort verantwortlichen Vereine zu prüfen, ob hier langjährige Kontrakte mit den Betreibern möglich sind und der städtischen Deputation für Sport hierzu bis zur Aprilsitzung 2019 zu berichten.
4. der städtischen Deputation für Sport in der Aprilsitzung einen Bericht vorzulegen zum Zustand und zum Sanierungsstau der Bremer Bäder, aus dem die hierfür erforderlichen Sanierungskosten hervorgehen.
5. bei der Aufstellung des Haushaltsentwurfs für die Jahre 2020/2021 einen auskömmlichen Betriebskostenzuschuss an die Bremer Bäder vorzusehen.

6. bis zur Beschlussfassung über eine neue Preisstruktur die beschlossenen Preiserhöhungen zum 1. Februar 2019 wieder auszusetzen, soweit diese Eintrittspreise für Kinder, Jugendliche, Familien, Sondertarife nur mit Ausweis oder Schwimmkurse betreffen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Stadtbürgerschaft an die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport (federführend) und die Senatorin für Kinder und Bildung zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/594 S

Gewerbeflächenangebot, Bestandspflege und urbane Gebiete weiterentwickeln!

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 11. September 2018

(Drucksache [19/839 S](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 27. November 2018

(Drucksache 19/880 S)

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/595 S

Gewerbeflächenentwicklung durch ÖPP-Modell beschleunigen

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP vom 14. August 2017

(Neufassung der Drucksache [19/549 S](#) vom 8. August 2017)

(Drucksache [19/559 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/596 S

Gewerbeflächenentwicklung durch ÖPP-Modell beschleunigen

Bericht und Antrag der städtischen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 14. September 2018
(Drucksache [19/841 S](#))

Die Stadtbürgerschaft empfiehlt, dass auch weiterhin standortbezogen die Einbindung privater Akteure durch den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zu prüfen ist. Hierbei wird derzeit die Ausarbeitung eines Pilotprojektes zur Entwicklung von gewerblichen Bestandsgebieten durch den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vorbereitet. Grundsätzlich soll die gewerbliche Bestandsentwicklung auch bei der Neuaufstellung des GEP 2030 Berücksichtigung finden.

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen mit der Ausschreibung einer konkreten Pilotfläche für eine ÖPP-Kooperation zu beauftragen, hierüber ist der städtischen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen drei Monate nach Beschlussfassung zu berichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Stadtbürgerschaft an den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/597 S

Entwicklung des Theaters Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 30. Mai 2018
(Drucksache [19/786 S](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 7. August 2018
(Drucksache [19/824 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/598 S

Das Theater stärken - das Publikum einbeziehen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 30. Oktober 2018
(Drucksache [19/862 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/599 S

**Ortsgesetz zur Anpassung von Vorschriften aus dem Bereich Kultur
an die europäische Datenschutz-Grundverordnung**

Mitteilung des Senats vom 11. Dezember 2018
(Drucksache [19/891 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Beschluss:
Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Ortsgesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/600 S

**Geschäftsbericht, Haushaltsrechnung und Abschlussbericht
Produktgruppencontrolling des Landes und der Stadtgemeinde
Bremen 2017**

Mitteilung des Senats vom 18. Dezember 2018
(Drucksache [19/895 S](#))

Die Stadtbürgerschaft überweist den Geschäftsbericht, die Haushaltsrechnung und den Abschlussbericht Produktgruppencontrolling des Landes und der Stadtgemeinde Bremen 2017 zur Beratung und Berichterstattung an den städtischen Rechnungsprüfungsausschuss.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/601 S

Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 34

vom 18. Januar 2019
(Drucksache [19/905 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/602 S

Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Inneres

Die Stadtbürgerschaft wählt den Abgeordneten
Marco Lübke

anstelle des Abgeordneten Dr. Oguzhan Yazici zum Mitglied der städtischen Deputation für Inneres.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/603 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Digital geht auch sozial – Freies WLAN für den Stadtteil Gröpelingen
Große Anfrage der Fraktion der SPD
vom 21. August 2018
(Drucksache 19/832 S)
Dazu
Mitteilung des Senats vom 20. November 2018
(Drucksache 19/876 S)
2. Nutzt Bremen die Chancen der autonomen und digital vernetzten Mobilität?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 2. Oktober 2018
(Drucksache [19/852 S](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 27. November 2018
(Drucksache [19/881 S](#))

3. Wiedereröffnung des Brilltunnels ohne Denkverbote prüfen
Antrag der Fraktion der FDP
vom 9. Oktober 2018
(Drucksache [19/853 S](#))
4. Einführung von Abbiegeassistenten: Bremen muss mit gutem Beispiel vorangehen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 23. Oktober 2018
(Drucksache [19/857 S](#))
5. Verkehrssicherheit für Fahrradfahrer und Fußgänger durch ein innovatives und smartes Warnsystem erhöhen – Einführung des Pilotprojektes „Bike-Flash“ in Bremen
Antrag der Fraktion der FDP
vom 3. Dezember 2018
(Drucksache [19/883 S](#))
6. Versorgungslücke und Trägerwettbewerb bei Assistenzkräften in der Inklusion
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 24. Oktober 2018
(Drucksache [19/858 S](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 18. Dezember 2018
(Drucksache [19/896 S](#))
7. Bremens Altstadt auch abends ins beste Licht rücken
Antrag der Fraktion der CDU
vom 30. Oktober 2018
(Drucksache [19/864 S](#))
8. Kriminalprävention und Stadtentwicklung gemeinsam denken!
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 27. November 2018
(Drucksache [19/878 S](#))
9. Kurzfristige Maßnahmen zur Verbesserung des Verkehrsflusses in der Überseestadt ergreifen!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 23. Juli 2018
(Drucksache [19/821 S](#))
10. Kurzfristige Maßnahmen zur Verbesserung des Verkehrsflusses in der Überseestadt ergreifen!
Bericht der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft
vom 5. Dezember 2018
(Drucksache [19/885 S](#))

11. Alleinerziehende stärker unterstützen – Kita-Aufnahmekriterien ergänzen
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 6. Dezember 2018
(Drucksache [19/887 S](#))
12. Alleinerziehende stärker unterstützen II – Betreuung zu Tagesrandzeiten ausweiten
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 6. Dezember 2018
(Drucksache [19/888 S](#))
13. Lokale erinnerungskulturelle Initiativen in Huchting, Grolland und in der Neustadt unterstützen
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 21. Januar 2019
(Neufassung der Drucksache [19/894 S](#) vom 18. Dezember 2018)
(Drucksache [19/906 S](#))
14. Zukunft des Neustädter Hafens aktiv gestalten
Antrag der Fraktion der CDU
vom 15. Januar 2019
(Drucksache [19/899 S](#))

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Bürgerschaft (Landtag) am 23. Januar 2019

(Schreiben des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft an den Präsidenten des Senats vom 24. Januar 2019)

Nr. 19/1195

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Die soziale Säule der Europäischen Union stärken!
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 28. August 2018
(Drucksache [19/1799](#))
2. Umsetzung des neuen Gesamtplanverfahrens der Eingliederungshilfe im Bereich der Erwachsenenpsychiatrie im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 14. November 2018
(Drucksache [19/1917](#))

3. Inklusive Kulturpolitik in Bremen – wo stehen wir im Jahr 2018?
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 20. November 2018
(Drucksache [19/1920](#))
4. Menschenhandel und Zwangsprostitution – Wie stellt sich die Situation im Land Bremen dar?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 27. November 2018
(Drucksache [19/1928](#))
5. Entwicklung von Altersarmut im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 4. Dezember 2018
(Drucksache [19/1944](#))
6. Konzept „Für mehr sichere Schwimmerinnen und Schwimmer im Land Bremen“
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 5. Dezember 2018
(Drucksache [19/1947](#))
7. Stand der Digitalisierung in Bremens öffentlicher Verwaltung
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 18. Dezember 2018
(Drucksache [19/1970](#))

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1196

Fünftes Hochschulreformgesetz

Mitteilung des Senats vom 18. Dezember 2018
(Drucksache [19/1971](#))
1. Lesung

Diese Mitteilung ist von dem Senat zurückgezogen.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1197

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

**„Hartz-IV-Sanktionen vor dem Bundesverfassungsgericht:
Politik muss handeln statt abwarten!“**

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1198

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 22. Januar 2019

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Gesetz zur Änderung gesundheitsrechtlicher Gesetze

Mitteilung des Senats vom 20. November 2018

(Drucksache [19/1922](#))

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

2. Bericht des Senats über die Aktivitäten der nordmedia – Film- und Mediengesellschaft Niedersachsen/Bremen mbH (nordmedia) für das Jahr 2017

Mitteilung des Senats vom 27. November 2018

(Drucksache [19/1936](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

3. 40. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz
vom 16. März 2018
(Drucksache [19/1583](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem 40. Jahresbericht
Kenntnis.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

4. Stellungnahme des Senats zum 40. Jahresbericht der
Landesbeauftragten für Datenschutz
Mitteilung des Senats vom 28. August 2018
(Drucksache [19/1801](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Stellungnahme des Senats
Kenntnis.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

5. 40. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz und
Stellungnahme des Senats
Bericht und Antrag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien,
Datenschutz und Informationsfreiheit
vom 6. Dezember 2018
(Drucksache [19/1950](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses
für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit
Kenntnis.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

6. Elektrifizierung des Eisenbahnnetzes zwischen Bremerhaven und
Verden endlich vorantreiben
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der CDU,
DIE LINKE und der FDP
vom 21. Dezember 2018
(Neufassung der Drucksache [19/1969](#) vom 14. Dezember 2018)
(Drucksache [19/1985](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, umgehend in Abstimmung mit dem Land Niedersachsen Gespräche mit dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) einzutreten, um den vordringlichen Bedarf der Elektrifizierung der Bremen umfahrenden Ausweichstrecke von Bremerhaven über Bremervörde und Rotenburg nach Verden festzuschreiben.

In diesen Gesprächen sind auch Wege außerhalb des Bundesverkehrswegeplans (BVWP) zu betrachten, um das Vorhaben beschleunigt umzusetzen.

Das BMVI ist zudem aufzufordern, bereits mit dem Ausbau der Strecke Verden – Rotenburg die Verbindungskurve zur EVB-Strecke zu bauen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr zur weiteren Veranlassung.

7. Gesetz für den Übergangszeitraum nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union – (Bremisches Brexit-Übergangsgesetz – BremBrexitÜG)

Mitteilung des Senats vom 18. Dezember 2018
(Drucksache [19/1972](#))

1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

8. Geschäftsbericht, Haushaltsrechnung und Abschlussbericht Produktgruppencontrolling des Landes und der Stadtgemeinde Bremen 2017

Mitteilung des Senats vom 18. Dezember 2018
(Drucksache [19/1973](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Geschäftsbericht, die Haushaltsrechnung und den Abschlußbericht Produktgruppencontrolling an den staatlichen Rechnungsprüfungsausschuss.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

9. Bericht über die Umsetzung der EU-Strategie der Freien Hansestadt Bremen für die 19. Legislaturperiode

Mitteilung des Senats vom 18. Dezember 2018
(Drucksache [19/1975](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist die Mitteilung des Senats an den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

10. Gleichen Lohn für gleiche Arbeit in Bremen verwirklichen

Mitteilung des Senats vom 18. Dezember 2018
(Drucksache [19/1976](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

11. Standortbestimmung Partizipation und Integration im Land Bremen – Teilhabe fördern und Diversität gestalten

Mitteilung des Senats vom 18. Dezember 2018
(Drucksache [19/1977](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

12. 12. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit

vom 16. März 2018
(Drucksache [19/1584](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem 12. Jahresbericht Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

13. Stellungnahme des Senats zum 12. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit

Mitteilung des Senats vom 28. August 2018
(Drucksache [19/1802](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Stellungnahme des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

14. 12. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit und Stellungnahme des Senats

Bericht und Antrag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit vom 9. Januar 2019
(Drucksache [19/1986](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1199

Innovationsstrategie für Bremen und Bremerhaven stärker mit der Fachkräftestrategie verbinden

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP vom 29. Mai 2018

(Neufassung der Drucksache [19/1619](#) vom 11. April 2018)

(Drucksache [19/1692](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. die bestehende Fachkräftestrategie gemeinsam mit den Unternehmen in Bremen und Bremerhaven weiterzuentwickeln, um hier ansässige Unternehmen darin zu unterstützen, Fachkräfte zu gewinnen, sie auszubilden und zu halten;
2. die berufliche Qualifizierung und die Berufsausbildung durch Investitionen in das Berufsschulsystem vor dem Hintergrund technischer Innovation und veränderter Berufsbilder zu stärken;
3. die Berufsschulen durch investive und organisatorische Maßnahmen in die Lage zu versetzen, für Unternehmen und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer berufliche Weiterqualifizierung im Sinne berufsbezogenen „lebenslangen Lernens“ anzubieten;

4. die Berufsschulen darin zu unterstützen, verstärkt Teilzeitausbildungen zu realisieren, um allen jungen Bremerinnen und Bremern eine ihren Lebenslagen angepasste berufliche Qualifizierung zu ermöglichen;
5. auch über geförderte Ausbildungsverbünde und andere flankierende Maßnahmen Unternehmen darin zu unterstützen, mehr Ausbildungsplätze für potenzielle Fachkräfte zu schaffen und diese erfolgreich zu besetzen und die Ausbildung erfolgreich abzuschließen;
6. betriebsübergreifende Nachwuchsprojekte gemeinsam mit Kammern und Unternehmen zu entwickeln und zu unterstützen;
7. Studien- und Ausbildungsgänge zu entwickeln, die insbesondere unsere Wachstumsbranchen bei der Fachkräfterekrutierung gezielt unterstützen;
8. gemeinsam mit den Hochschulen und Universitäten die Netzwerke zu den Unternehmen auszubauen sowie die Verknüpfung der Bedarfe aus der Wirtschaft und der akademischen Ausbildung zu intensivieren und hierbei insbesondere ausreichend Masterstudiengänge in Bremen anzubieten;
9. die Zusammenarbeit mit Hochschulen und Universitäten zusammen mit der Wirtschaftsförderung bei der Fachkräfterekrutierung zu einem zentralen Argument des Standortmarketings zu machen;
10. die Angebote berufsbegleitenden Studierens zu evaluieren und ebenfalls mit den Unternehmen gemeinsam weiterzuentwickeln und auszubauen;
11. Bremens und Bremerhavens Stärken auch als Standorte wissenschaftlicher Einrichtungen im Standortmarketing stärker herauszustellen;
12. Angebote zur Weiterbildung, Aufstiegsfortbildung und zum dualen Studium anhand der Bedarfe der Unternehmen und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auszubauen und stärker auf den Fokus der Digitalisierung auszurichten;
13. gemeinsam mit den Trägern der Weiterbildung und den Unternehmen die Angebote zur Weiterbildung auszubauen und stärker auf Innovation und Digitalisierung auszurichten;
14. innerhalb der Cluster spezifische Projekte zur Fachkräftegewinnung – gemeinsam mit Betrieben, Universitäten und Hochschulen – zu entwickeln, um gezielt mehr Fachkräfte auszubilden und neue Fachkräfte für den Standort Bremen zu gewinnen;
15. der Bürgerschaft (Landtag) einmal jährlich zu berichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (federführend) und an die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz, Senatorin für Kinder und Bildung und den Magistrat Bremerhaven zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/1200

Fachkräftesicherung erfordert Taten statt Worte

Antrag der Fraktion der CDU
vom 18. September 2018
(Drucksache [19/1823](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1201

**Fortschreibung des Klimaschutz- und Energieprogramms –
Mitteilung des Senats nach § 5 Absatz 4 des Bremischen
Klimaschutz- und Energiegesetzes (BremKEG)**

Mitteilung des Senats vom 18. Dezember 2018
(Drucksache [19/1974](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1202

Feststellungen und Bewertungen des staatlichen Controllingausschusses zur Veräußerung der bremischen Anteile an der Bremer Landesbank

Bericht des staatlichen Controllingausschusses
vom 20. August 2018
(Drucksache [19/1776](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Controllingausschusses Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1203

Fürsorgepflicht für Polizeibeamtinnen und -beamte endlich ernst nehmen – Sofortprogramm „Überstundenabbau bei der Polizei“ auf den Weg bringen!

Antrag der Fraktion der FDP
vom 17. Januar 2019
(Drucksache [19/2001](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Bürgerschaft (Landtag) am 24. Januar 2019

(Schreiben des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft an den Präsidenten des Senats vom 25. Januar 2019)

Nr. 19/1204

Fragestunde

1. Linksextremer Verein „Rote Hilfe“

Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Gruppe BIW vom 6.
Dezember 2018

2. Bundesstrategie Künstliche Intelligenz
Anfrage der Abgeordneten Dieter Reinken, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 6. Dezember 2018
3. Umsetzung des Pflegepersonal-Stärkungsgesetzes im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Stephanie Dehne, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 6. Dezember 2018
4. Rechtliche Aufarbeitung von Missbrauch durch Geistliche in Bremen
Anfrage der Abgeordneten Klaus Möhle, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 6. Dezember 2018
5. Erfolgreiche Bekämpfung der Konzentration von Spielcasinos und Wettbüros?
Anfrage der Abgeordneten Antje Grotheer, Sükrü Senkal, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 6. Dezember 2018
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.
6. Ein Jahr Länderzentrum für Niederdeutsch
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 6. Dezember 2018
7. Nutzung Steller Heide in Stuhr (Groß Mackenstedt)
Anfrage der Abgeordneten Peter Zenner, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 6. Dezember 2018
8. Ausbildung zum sektoralen Heilpraktiker im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und die Fraktion der FDP vom 6. Dezember 2018
9. Persönliche Assistenzen an Schulen
Anfrage der Abgeordneten Sahhanim Görgü-Philipp, Dr. Matthias Güldner, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 6. Dezember 2018
10. Beschluss der Justizministerkonferenz zur Einschränkung des Verbandsklagerechtes der Umweltverbände
Anfrage der Abgeordneten Nelson Janßen, Klaus-Rainer Rupp, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 6. Dezember 2018
11. Machen die Sparkassen Bremen und Bremerhaven Werbung in Schulen?
Anfrage der Abgeordneten Nelson Janßen, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 6. Dezember 2018
12. Impfungen im Lande Bremen
Anfrage des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD) vom 7. Dezember 2018
13. Gesundheitsgefährdung durch Stickoxide

Anfrage des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD) vom 7. Dezember 2018

14. Nachfrage zur Bewertung des Erlasses e14-10-02

Anfrage des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD) vom 7. Dezember 2018

15. Behandlung eines Kriminalfalls

Anfrage des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD) vom 11. Dezember 2018

16. Wie setzt Bremen die Teilnahmepflicht bei Integrationskursen um?

Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 12. Dezember 2018

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1205

Share-Deal-Bremse einführen – Steuerprivilegien beseitigen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

vom 11. Dezember 2018

(Drucksache [19/1955](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die auf der Finanzministerkonferenz beschlossene Einschränkung der Gestaltungsmöglichkeit der Share Deals. Die Bürgerschaft (Landtag) hält die Maßnahme aber für unzureichend.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) befürwortet eine weitere gesetzliche Änderung mit dem Ziel, die grunderwerbsteuerliche Privilegierung der Share Deals auf das verfassungsrechtlich und steuersystematisch gebotene Mindestmaß zu begrenzen, bestenfalls gänzlich abzuschaffen. Ein anteiliger Grunderwerb soll auch anteilig besteuert werden. So würde bei Übernahme von mehr als 50 Prozent der Anteile eines Grundstückseigentümers auch 50 Prozent der entsprechenden Grunderwerbsteuer fällig, bei Erwerb von mehr als 75 Prozent entsprechend 75 Prozent der fälligen Steuer.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, nach Abschluss der aktuellen Reformrunde, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die gefundenen Regelungen zeitnah evaluiert werden und er nach der Evaluierung das vorbeschriebene Ziel der Bürgerschaft (Landtag) verfolgt.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Finanzen (federführend) und die Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/1206

Bremen braucht einen Masterplan Dienstleistungen

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP

vom 1. November 2018

(Neufassung der Drucksache [19/1780](#) vom 21. August 2018)

(Drucksache [19/1892](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Ziffer 2 des Antrags ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt den Ziffern 1 und 3 des Antrags wie folgt zu:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, einen Masterplan Dienstleistungen zu erarbeiten, der eine Bestandsaufnahme sowie eine Handlungsstrategie zur Förderung des Dienstleistungssektors im Land Bremen mit klaren Zielsetzungen, konkreten Meilensteinen, Zuständigkeiten, Maßnahmen sowie deren Finanzierung und kontinuierlichem Monitoring beinhaltet.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, ihr den Masterplan Dienstleistungen innerhalb eines halben Jahres nach Beschlussfassung zur weiteren Beratung vorzulegen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (federführend), die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz und die Senatorin für Kinder und Bildung zur weiteren Veranlassung und Erstellung des Masterplans Dienstleistungen.

Nr. 19/1207

Wissen, Kreativität und Wirtschaft bündeln – Masterplan Dienstleistungen aufstellen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

vom 27. November 2018

(Drucksache [19/1930](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. einen „Masterplan Dienstleistungen“ zu entwerfen und darin insbesondere dazulegen:
 - a) welche Schwerpunkte der Senat vor dem Hintergrund des strukturellen Wandels hin zu wissensintensiven Dienstleistungen für besonders entwicklungsfähig hält und mit welchen konkreten Maßnahmen er diese unterstützen wird;
 - b) welche Rolle die Bildungseinrichtungen im Land Bremen in diesem Zusammenhang spielen können, insbesondere mit Blick auf die Universität, die Hochschulen und die Berufsschulen;
 - c) welche Möglichkeiten der Senat sieht, um die Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft sowie von Unternehmen untereinander zu fördern;
 - d) welche Möglichkeiten der Senat sieht, um insbesondere auch den Anteil von Frauen im Bereich Forschung und Entwicklung weiter zu stärken und zu erhöhen;
 - e) welche Flächen für weitere Ansiedlungen von wissens- und dienstleistungsorientierten Unternehmen entlang der bestehenden Cluster um Luft- und Raumfahrt, Windenergie und Maritime Wirtschaft/Logistik, aber auch darüber hinaus zur Verfügung stehen;
 - f) welche angebotsorientierten Qualifizierungsangebote es in diesem Zusammenhang im Land Bremen gibt und wie diese weiter ausgebaut werden können;
 - g) welche Rolle das Land Bremen im überregionalen Marketing einnehmen kann, um hiesige Unternehmen im Wettbewerb um Fachkräfte noch besser zu unterstützen;
 - h) ob der Senat in der Schaffung beziehungsweise Ausweitung von Risiko- und Zuschussfinanzierungen Handlungsmöglichkeiten sieht, um den Bereich Forschung und Entwicklung zu fördern;
 - i) welche Chancen sich durch die Nutzung von IT und insbesondere Künstlicher Intelligenz (KI) für die wissensintensiven Dienstleistungen ergeben und wie bremische Unternehmen dadurch profitieren können.
2. den „Masterplan Dienstleistungen“ der zuständigen staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen binnen sechs Monaten nach Beschlussfassung vorzulegen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (federführend), die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz und den Magistrat Bremerhaven zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/1208

Museen sind unser kollektives Gedächtnis – wie ermöglichen wir einen Zugang für alle?

Große Anfrage der Fraktion der SPD
vom 21. August 2018
(Drucksache [19/1787](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 6. November 2018
(Drucksache [19/1896](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1209

Mehr Ausbildungsplätze ermöglichen: Allgemeine Ausbildungsfonds im Land Bremen jetzt auf den Weg bringen

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 21. September 2018
(Drucksache [19/1838](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1210

Potenziale der Binnenschifffahrt stärker nutzen

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 18. September 2018
(Drucksache [19/1824](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 13. November 2018
(Drucksache [19/1911](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1211

Was machen die Banken und Versicherungen eigentlich mit meinem Geld? Transparenz des Finanzwesens erhöhen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 11. September 2018
(Drucksache [19/1816](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich auf Bundes- und EU-Ebene bei den anstehenden unabweisbaren Regulierungsvorhaben ergänzend dafür einzusetzen, dass Geldinstitute, Versicherungen und Fonds künftig transparent darlegen müssen, für welche Zwecke sie das Geld ihrer Kundinnen und Kunden einsetzen;
2. der staatlichen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz sechs Monate nach Beschlussfassung zu berichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Finanzen (federführend), die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz und die Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/1212

Einsetzung einer Sonderkommission Brandschutz

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 20. Juni 2017
(Drucksache [19/1131](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1213

Einsetzung einer Sonderkommission Brandschutz

Bericht der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft
vom 3. September 2018
(Drucksache [19/1807](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1214

„Solidarische Ökonomie“ stärken

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 12. September 2018
(Drucksache [19/1820](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. das Potenzial der „Solidarischen Ökonomie“ in Bremen und Bremerhaven zu identifizieren. Neben der Darstellung der wirtschaftlichen Relevanz soll ermittelt werden, welche institutionellen beziehungsweise rechtlichen Hürden einer Verstärkung dieser Form des Wirtschaftens in besonderer Weise im Wege stehen;
2. bestehende Beratungsangebote auch hinsichtlich der Bedarfe solidarischer Betriebe zu evaluieren;
3. zu ermitteln, welche spezifischen Schwierigkeiten bei der Finanzierung von solidarischen Unternehmungen sowohl in der Gründungsphase (zum Beispiel beim Eigenkapitalnachweis) als auch bei der Weiterentwicklung vorhanden sind, mit welchen öffentlichen Instrumenten eine nachhaltige Entwicklung flankiert werden kann und zu prüfen, inwieweit noch gezielter solidarische Unternehmungen im Rahmen der bestehenden Programme und Projekte gefördert beziehungsweise unterstützt werden können;
4. darauf hinzuwirken, dass bei der Beratung von Gründungswilligen die unterschiedlichen Rechts- und Organisationsformen des Sektors der solidarischen Wirtschaft bei der Gründungsberatung ebenfalls Berücksichtigung finden;

5. zu prüfen, ob im Bremischen Tariftreue- und Vergabegesetz der soziale Mehrwert/gesellschaftliche Zusatznutzen bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen berücksichtigt werden könnte;
6. zu prüfen, wie die Komplexität der Gründungsanforderungen speziell bei nicht-kapitalintensiven Kleinstgenossenschaften reduziert werden kann, ohne dabei die grundsätzliche Stabilität und Insolvenzfestigkeit von Genossenschaften zu gefährden;
7. in einem Pilotprojekt „Gemeinwohlbilanz“ dafür zu werben, dass Unternehmen im Lande Bremen eine Gemeinwohlbilanz im Rahmen ihres Jahresabschlusses 2018/2019 erstellen und diese Unternehmen öffentlich geeignet zu würdigen;
8. über die Umsetzung innerhalb von sechs Monaten nach Beschlussfassung zu berichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (federführend), den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport, die Senatorin für Finanzen und dem Magistrat Bremerhaven zur weiteren Veranlassung und Vorlage des erbetenen Berichts binnen sechs Monaten.

Nr. 19/1215

Gesetz zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes

Mitteilung des Senats vom 8. Januar 2019

(Drucksache [19/1987](#))

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1216

Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 34

vom 18. Januar 2019

(Drucksache [19/2003](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist die Eingabe L 19/303 an die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bremerhaven.

Nr. 19/1217

Fünftes Hochschulreformgesetz

Mitteilung des Senats vom 22. Januar 2019

(Drucksache [19/2004](#))

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist das Gesetz zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1218

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Konzept des Senats „Hebammenvermittlungsstellen zur besseren Versorgung und Vernetzung einrichten“

Mitteilung des Senats vom 11. September 2018

(Drucksache [19/1821](#))

2. Mehr Gesundheitsschutz und Prävention durch Drugchecking?

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 18. September 2018

(Drucksache [19/1829](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 27. November 2018

(Drucksache [19/1937](#))

3. Open-Library-Konzept für das Land Bremen – neue technische Möglichkeiten nutzen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 20. September 2018

(Drucksache [19/1832](#))

4. Erweiterte Nutzungszeiten für wissenschaftliche Bibliotheken ermöglichen!

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 20. September 2018
(Drucksache [19/1833](#))

5. Gesetz zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes – Änderung des Bremischen Beamtengesetzes (BremBG)

Antrag der Fraktionen der FDP und der CDU
vom 20. September 2018
(Drucksache [19/1837](#))
1. Lesung

6. Bericht zur Haushaltslage der Freien Hansestadt Bremen gemäß § 3 Absatz 2 des Stabilitätsratsgesetzes – Stabilitätsbericht 2018

Mitteilung des Senats vom 25. September 2018
(Drucksache [19/1839](#))

7. Sanierungsbericht der Freien Hansestadt Bremen vom September 2018

Mitteilung des Senats vom 25. September 2018
(Drucksache [19/1840](#))

8. Strategien gegen Übergewicht, Adipositas und Diabetes durch zu viel Zucker in der Ernährung

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 26. September 2018
(Drucksache [19/1847](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 6. November 2018
(Drucksache [19/1897](#))

9. Clankriminalität entschlossen bekämpfen

Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)
vom 27. September 2018
(Drucksache [19/1849](#))

10. Pflegenotstand verhindern – Unterbesetzung auflösen – Fachkräftelücke im Gesundheitswesen nachhaltig schließen

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 27. September 2018
(Drucksache [19/1850](#))

11. Ausbildungs- und Übergangszahlen frühzeitig und regelmäßig veröffentlichen

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 17. April 2018
(Drucksache [19/1622](#))

12. Ausbildungs- und Übergangszahlen frühzeitig und regelmäßig veröffentlichen

Bericht der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
vom 16. Oktober 2018
(Drucksache [19/1857](#))

13. Die Vierte Säule des Programms für den Ein-Personen-Wohnraumbedarf zum Wintersemester 2018/2019 aktivieren – mögliche Konversion von Flüchtlingsunterkünften schnell einleiten
Mitteilung des Senats vom 16. Oktober 2018
(Drucksache [19/1859](#))
14. Digitalisierung der bremischen Schulen nicht im Sande verlaufen lassen – Lernmanagementsystem „itslearning“ endlich flächendeckend nutzen!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 19. Oktober 2018
(Drucksache [19/1867](#))
15. Niedrigere Baukosten schaffen mehr Wohnraum! – Niederlande zum Vorbild nehmen
Antrag der Fraktion der FDP
vom 23. Oktober 2018
(Drucksache [19/1877](#))
16. Erasmus-Aktive im Land Bremen effektiv unterstützen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der FDP
vom 22. Januar 2019
(Neufassung der Drucksache [19/1879](#) vom 23. Oktober 2018)
(Drucksache [19/2012](#))
17. Vertrauliche rechtsmedizinische Begutachtung für Opfer von Gewalt
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 24. Oktober 2018
(Drucksache [19/1883](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 4. Dezember 2018
(Drucksache [19/1943](#))
18. Von Dortmund lernen und die Potenziale von Freier Software im Land Bremen systematisch untersuchen
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 6. November 2018
(Drucksache [19/1894](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 11. Dezember 2018
(Drucksache [19/1956](#))
19. Eine „Europäische Universität“ in Bremen?
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 6. November 2018
(Drucksache [19/1903](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 11. Dezember 2018
(Drucksache [19/1957](#))

20. 100 Jahre Novemberrevolution: Startschuss für Demokratie, Frauenwahlrecht und Mitbestimmung
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 6. November 2018
(Drucksache [19/1904](#))
21. Gleichstellungspolitik in Bremen – Strategie oder Ignoranz?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 8. November 2018
(Drucksache [19/1906](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 8. Januar 2019
(Drucksache [19/1989](#))
22. Ambulante Gesundheitsversorgung von Menschen ohne Krankenversicherung
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 8. November 2018
(Drucksache [19/1908](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 18. Dezember 2018
(Drucksache [19/1978](#))
23. Besuche in Gedenkstätten für alle Schulklassen ermöglichen
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 13. November 2018
(Drucksache [19/1909](#))
24. Cybersicherheit in Bremen
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 27. November 2018
(Drucksache [19/1932](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 15. Januar 2019
(Drucksache [19/1993](#))
25. Wohnungsbauaktivitäten verstärken und einer wachsenden Stadt anpassen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 13. Juni 2017
(Drucksache [19/1099](#))
26. Wohnungsbauaktivitäten verstärken und einer wachsenden Stadt anpassen
Bericht der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft
vom 5. Dezember 2018
(Drucksache [19/1948](#))

27. Kinderarmut bekämpfen, Familienförderung vom Kopf auf die Füße stellen: Kindergrundsicherung einführen!
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 9. Mai 2017
(Neufassung der Drucksache [19/1049](#) vom 4. Mai 2017)
(Drucksache [19/1056](#))
28. Kinderarmut bekämpfen, Familienförderung vom Kopf auf die Füße stellen: Kindergrundsicherung einführen!
Bericht und Antrag der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration
vom 5. Dezember 2018
(Drucksache [19/1949](#))
29. Digitale Mündigkeit und digitale Kompetenzen bei der Umsetzung des DigitalPakts verwirklichen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 11. Dezember 2018
(Drucksache [19/1954](#))
30. Unterschrift unter dem Migrationspakt zurückziehen
Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)
vom 11. Dezember 2018
(Drucksache [19/1963](#))
31. Repräsentative Demokratie attraktiver gestalten
Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)
vom 11. Dezember 2018
(Drucksache [19/1964](#))
32. Die B 212n gemeinsam mit Niedersachsen planen und realisieren
Antrag der Fraktion der CDU
vom 12. Dezember 2018
(Drucksache [19/1966](#))
33. Gesellschaftliche Integration durch Beflaggung auf Schulhöfen mit der Bundesflagge
Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)
vom 13. Dezember 2018
(Drucksache [19/1967](#))
34. Arbeitsbedingungen für die Heilmittelerbringer verbessern – wichtige Gesundheitsberufe stärken!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 28. August 2018
(Drucksache [19/1796](#))
35. Arbeitsbedingungen für die Heilmittelerbringer verbessern – wichtige Gesundheitsberufe stärken!

Bericht der staatlichen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz

vom 13. Dezember 2018

(Drucksache [19/1968](#))

36. Keine gestufte und gesteuerte Versorgung durch das Termin- und Versorgungsgesetz – zusätzliche Hürden für psychisch kranke Menschen verhindern!

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 18. Dezember 2018

(Drucksache [19/1983](#))

37. Jugend im Parlament
12. bis 16. November 2018

Bericht des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft

vom 21. Dezember 2018

(Drucksache [19/1984](#))

38. 7. Bericht der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe „Häusliche Beziehungsgewalt“

Mitteilung des Senats vom 8. Januar 2019

(Drucksache [19/1988](#))

39. Dringend benötigten zusätzlichen Wohnraum durch Dachaufstockungen schaffen

Antrag der Fraktion der FDP

vom 9. Januar 2019

(Drucksache [19/1992](#))

40. Clankriminalität nachhaltig und koordiniert vorbeugen und bekämpfen

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP

vom 22. Januar 2019

(Drucksache [19/2014](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

4781.) Öffentliche Belobigung für die Rettung aus Lebensgefahr
(Vorlage 2668/19)

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2668/19, Frau Jutta S. und Herrn Oliver S. eine öffentliche Belobigung auszusprechen.
2. Der Senat stellt fest, dass unter „D.“ die Überschrift wie folgt neu gefasst wird: „Finanzielle und personalwirtschaftliche Auswirkungen/Gender“ und das Wort „Keine“ ersetzt wird durch folgende Sätze: „Keine finanziellen Auswirkungen, da die Kosten für die Beschaffung der Urkunden in den Vorjahren angefallen sind. Im Zeitraum 2004 bis 2018 wurde eine öffentliche Belobigung an vier Frauen und 24 Männer verliehen.“

4782.) Öffentliche Belobigung für die Rettung aus Lebensgefahr
(Vorlage 2669/19)

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2669/19, Herrn Oliver R. und Herrn Neven K. eine öffentliche Belobigung auszusprechen.
2. Der Senat stellt fest, dass unter „D.“ die Überschrift wie folgt neu gefasst wird: „Finanzielle und personalwirtschaftliche Auswirkungen/Gender“ und das Wort „Keine“ ersetzt wird durch folgende Sätze: „Keine finanziellen Auswirkungen, da die Kosten für die Beschaffung der Urkunden in den Vorjahren angefallen sind. Im Zeitraum 2004 bis 2018 wurde eine öffentliche Belobigung an vier Frauen und 24 Männer verliehen.“

- 4783.) Entwurf des Dritten Gesetzes zur Änderung des Bremer Informationsfreiheitsgesetzes
(Vorlage 2670/19)
-

Beschluss:

Der Senat setzt seine Beratung bis zum 5. Februar 2019 aus.

- 4784.) Flächennutzungsplan Bremen
8. Änderung
Bremen-Überseestadt (Europahafenkopf)
(Bearbeitungsstand: 20.12.2018)
(Vorlage 2671/19)
-

Beschluss:

Der Senat schließt sich dem Bericht der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft an und beschließt, den Plan zur 8. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen (Bearbeitungsstand: 20.12.2018) entsprechend der Vorlage 2671/19 der Stadtbürgerschaft zur Beschlussfassung zuzuleiten.

- 4785.) Vorhabenbezogener Bebauungsplan 142
(zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan)
zur Errichtung von vier mehrgeschossigen Büro- und Wohngebäuden
in Bremen-Walle, Ortsteil Überseestadt am Ludwig-Franzius-Platz
zwischen Konsul-Smidt-Straße, Hansator und Horneckerstraße
(Bearbeitungsstand: 03.01.2019)
(Vorlage 2672/19)
-

Beschluss:

Der Senat schließt sich dem Bericht der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft einschließlich Anlage zum Bericht an und beschließt, den vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 142 (Vorhaben- und Erschließungsplan) entsprechend der Vorlage 2672/19 der Stadtbürgerschaft zur Beschlussfassung zuzuleiten.

- 4786.) Aufnahme von "Sondermaßnahmen zur Gewinnung von Lehrkräften" im "Bremischen Ausbildungsgesetz für Lehrämter" vom 16.05.2006 i. d. F. vom 27. September 2016 (Zweite Befassung) (Vorlage 2673/19)
-

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2673/19 den Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Bremischen Ausbildungsgesetzes für Lehrämter“ vom 16.05.2006 i. d. F. vom 27. September 2016 sowie die Mitteilung des Senats an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) und deren Weiterleitung mit der Bitte um Beschlussfassung in erster und zweiter Lesung in der Februar-Sitzung.

- 4787.) Entwurf eines 19. Gesetzes zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften (Vorlage 2674/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2674/19 den Entwurf eines 19. Gesetzes zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften und bittet die Senatorin für Finanzen, diesen Entwurf gemäß § 93 Bremisches Beamten-gesetz den Spitzenorganisationen der zuständigen Gewerkschaften und Berufsverbände im Lande Bremen, gemäß § 39a Bremisches Richtergesetz den Spitzenorganisationen der zuständigen Vereinigungen der Richterinnen und Richter im Lande Bremen sowie gemäß Beschluss Nr. 3 zu TOP 3 der Konferenz Norddeutschland vom 11. April 2007 den anderen norddeutschen Ländern mit einer verkürzten Frist von drei Wochen zuzuleiten.

2. Der Senat beschließt die Mehrausgaben für die Wahlmöglichkeit bei der Krankenversicherung eckwerterhöhend bei der Aufstellung der Haushalte 2020/2021 und der Finanzplanung bis 2023 zu berücksichtigen.
3. Der Senat stellt fest, dass unter „D. Finanzielle...“ zu Artikel 2 als neuer drittletzter Absatz folgender Satz eingefügt wird: „Die Mehrausgaben sind in den Personalausgaben der Fortschreibung der Finanzplanung bisher nicht enthalten.“

4788.) "Weserquerung durch zusätzlichen Fährverkehr – Entlastung für den privaten und gewerblichen Verkehr?"
(Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)
(Vorlage 2675/19)

Beschluss:

Der Senat setzt seine Beratung bis zum 5. Februar 2019 aus.

4789.) "Kosten der Strafverfolgung infolge der Kriminalisierung von Cannabis"
(Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen)
(Vorlage 2676/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Justiz und Verfassung vom 28.01.2019)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Neufassung der Vorlage des Senators für Justiz und Verfassung vom 28.01.2019 einer schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu.

2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

- 4790.) "Konzept "Für mehr sichere Schwimmerinnen und Schwimmer im Land Bremen""
(Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE)
(Vorlage 2677/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 24.01.2019)
-

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Neufassung der Vorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 24.01.2019 die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 05.12.2018 sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft mit der Bitte um Kenntnisnahme unter der Maßgabe folgender Änderung: „Der erste Satz der Antwort auf Frage 12 wird ersatzlos gestrichen.“

- 4791.) Viertes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung einer Stiftung des öffentlichen Rechts "Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung" AWI-Errichtungsgesetz
(Vorlage 2678/19)
-

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2678/19 den anliegenden Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung einer Stiftung des öffentlichen Rechts „Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung“ sowie die Mitteilung und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Beschlussfassung.

- 4792.) "Umsetzung des neuen Gesamtplanverfahrens der Eingliederungshilfe im Bereich der Erwachsenenpsychiatrie im Land Bremen"
(Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE)
(Vorlage 2679/19)
-

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2679/19 die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 14.11.2018 sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft mit der Bitte um Kenntnisnahme.

- 4793.) Benennung eines Nachfolgers im Stiftungsvorstand der Tönjes-Vagt-Stiftung
(Vorlage 2680/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 25.01.2019)
-

Beschluss:

Der Senat benennt entsprechend der Neufassung der Vorlage der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 25.01.2019, Herrn Gerd-Rüdiger Kück als Vertreter des Senats der Freien Hansestadt Bremen für den Stiftungsvorstand der Tönjes-Vagt-Stiftung.

- 4794.) Programm "Zukunftsorientierte Verwaltung" (ZOV)
Fortschreibung des Masterplans 2018
(Vorlage 2681/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2681/19 den Umsetzungsstand des Programms „Zukunftsorientierte Verwaltung“ zur Kenntnis.

2. Der Senat beschließt die Fortschreibung des Masterplans und bittet die Senatsressorts, die Vorhaben entsprechend der vorgelegten Zeit- und Maßnahmenpläne umzusetzen.
3. Der Senat bittet die Senatskanzlei und die Senatorin für Finanzen um Fortschreibung des Masterplans und Berichterstattung.
4. Der Senat nimmt den Bericht zur Umsetzung der Prozessvereinbarung zur Intensivierung der Kooperation zwischen den Ländern Niedersachsen und Bremen zur Kenntnis.
5. Der Senat nimmt die Einrichtung des Transformationsrates auf Ebene der Verwaltungs- und IT-Leitungen der Ressorts zur Kenntnis.

4795.) Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrags zwischen dem Land Niedersachsen und der Freien Hansestadt Bremen über die Zusammenarbeit bei Überwachungs- und Untersuchungsaufgaben im Verbraucherschutz- und Tiergesundheitsbereich (Vorlage 2682/19)

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2682/19 den Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrags zwischen dem Land Niedersachsen und der Freien Hansestadt Bremen über die Zusammenarbeit bei Überwachungs- und Untersuchungsaufgaben im Verbraucherschutz- und Tiergesundheitsbereich sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Beschlussfassung, unter der Maßgabe folgender Änderungen:

- Unter „B. Lösung“ wird am Ende des 6. Satzes folgende Ergänzung vorgenommen: „, da das Sendungsaufkommen in den vergangenen Jahren kontinuierlich zurückgegangen ist.“
- Unter „E. Beteiligung und Abstimmung“ werden die Wörter „dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen“ ersatzlos gestrichen.

- 4796.) Verleihung der Bremischen Senatsmedaille für Kunst und Wissenschaft an Herrn Professor Dr. Gerold Wefer
(Vorlage 2683/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 25.01.2019)
-

Beschluss:

Der Senat beschließt, entsprechend der Neufassung der Vorlage der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 25.01.2019, die Senatsmedaille für Kunst und Wissenschaft der Freien Hansestadt Bremen an Herrn Professor Dr. Gerold Wefer für seine Verdienste in der Wissenschaft zu verleihen.

- 4797.) Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und der Freien Hansestadt Bremen über die Durchführung von Zuverlässigkeitsüberprüfungen nach dem Luftsicherheitsgesetz
(Vorlage 2684/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2684/19 von dem Entwurf eines Staatsvertrages zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und der Freien Hansestadt Bremen über die Durchführung von Zuverlässigkeitsüberprüfungen nach dem Luftsicherheitsgesetz Kenntnis.
2. Der Senat ermächtigt den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, den Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und der Freien Hansestadt Bremen über die Durchführung von Zuverlässigkeitsüberprüfungen nach dem Luftsicherheitsgesetz zu unterzeichnen.
3. Der Senat beschließt die der Vorlage beigefügte Mitteilung des Senats an die Bremische Bürgerschaft und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme unter Maßgabe folgender Änderung:

- Unter „E. Beteiligung und Abstimmung“ wird vor dem Wort „Landesbeauftragten“ das Wort „dem“ durch „der“ ersetzt.

4798.) Entwurf einer Verordnung über die Vergütung der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher sowie weiterer im Vollstreckungsdienst eingesetzter Beamtinnen und Beamten
(Vorlage 2685/19)

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2685/19 die Verordnung über die Vergütung der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher sowie weiterer im Vollstreckungsdienst eingesetzter Beamtinnen und Beamten sowie die Ausfertigung der Verordnung und deren Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

4799.) "Guterhaltene Gebäudesubstanz in Kleingärten weiter nutzen?"
(Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)
(Vorlage 2686/19)

Beschluss:

Der Senat setzt seine Beratung bis zum 12. Februar 2019 aus.

4800.) "Inklusive Kulturpolitik in Bremen – wo stehen wir im Jahr 2018?"
(Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90 / Die Grünen und SPD)
(Vorlage 2687/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Kultur vom 28.01.2019)

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Neufassung der Vorlage des Senators für Kultur vom 28. Januar 2019 die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90 / Die Grünen und SPD sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme.

- 4801.) "Zukunft des Modellprojekts JAMIL am Schulzentrum Walle Lange Reihe"
(Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)
(Vorlage 2688/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2688/19 einer schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

- 4802.) "Doppelnutzung des Übergangwohnheims "Blaues Dorf"
(Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)
(Vorlage 2689/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 28.01.2019)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Neufassung der Vorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 28.01.2019 einer schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

4803.) Umsetzung Bäderkonzept 2014 – Kostenrisiken für den Neubau Schwimmhalle und Sanierung/Neubau Freibad Horner Bad (Vorlage 2690/19)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2690/19 die finanziellen Mehrbedarfe für den Neubau Schwimmhalle und Sanierung/Neubau Freibad Horner Bad in Höhe von 1.986 T€ zur Kenntnis.
2. Der Senat stimmt der weiteren Vorabdotierung der Mittel zur Absicherung der finanziellen Mehrbedarfe für die Maßnahme Horner Bad für das Jahr 2021 i. H. v. 500 T€ und der Einplanung im Rahmen der Fortschreibung der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung für das Jahr 2022 i. H. v. 1.686 T€ bei gleichzeitiger Reduzierung des Mittelbedarfes für das Jahr 2020 i.H.v. 200 T€ zu. Der Senat bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport, im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2020/2021 bzw. der Fortschreibung der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung 2022 die Maßnahme prioritär zu berücksichtigen. Er nimmt zur Kenntnis, dass dies sowie die beschlossenen und etwaige weitere Vorabdotierungen den Spielraum für weitere Maßnahmen sowie die Prioritätensetzung künftiger Haushalte beeinflussen.
3. Der Senat stimmt der Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1.986 T€ mit einer Abdeckung von 500 T€ in 2021 und 1.686 T€ in 2022 zur Absicherung der finanziellen Mehrbedarfe für die Maßnahme Horner Bad bei gleichzeitiger Reduzierung der valutierenden Verpflichtungsermächtigung hinsichtlich der Abdeckung für 2020 in Höhe von 200 T€ zu.
4. Der Senat bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport über die Senatorin für Finanzen die entsprechenden haushaltsrechtlichen Voraussetzungen beim Haushalts- und Finanzausschuss einzuholen.

5. Der Senat bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport in Abstimmung mit der Senatorin für Finanzen, für die im Haushaltsjahr 2019 erforderlichen Wiederbereitstellungen von Mitteln i.H.v. 1.612 T€ (darunter 1.302 T€ Lösungskonzept 2017, 310 T€ Unibad-Schließung) und den liquiditätsmäßig innerhalb des Senatorinnenbudgets Soziales erforderlichen Ausgleich der Restmittel-Inanspruchnahme i.H.v. 3.208 T€ bedarfsgerecht im weiteren Haushaltsvollzug 2019 – spätestens zum Controllingbericht 01.-09.2019 – konkrete betragsmäßige Finanzierungsvorschläge darzustellen.

4804.) "Neue Preisstruktur bei den Bremern Bädern entwickeln, Preiserhöhungen für Kinder, Familien, "Sondertarife nur mit Ausweis" und Schwimmkurse aussetzen"
(Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
(Tischvorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 28.01.2019)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt zur Kenntnis, dass für die Umsetzung des Beschlusses der Bremischen Bürgerschaft (Stadt) „Neue Preisstruktur bei den Bremern Bädern entwickeln, Preiserhöhungen für Kinder, Familien, „Sondertarife nur mit Ausweis“ und Schwimmkurse aussetzen“ vom 22.01.2019, Punkt 6, finanzielle Mehrbedarfe durch Einnahmeausfälle entstehen, die im Weiteren zu konkretisieren sind.
2. Der Senat bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport, eine Gegenfinanzierung für die Mindereinnahmen der Bremer Bäder GmbH durch eine bedarfsgerechte Erhöhung des Betriebskostenzuschusses im Haushaltsvollzug 2019 innerhalb des Senatorinnenbudgets zu ermöglichen. Sollte eine Finanzierung in diesem Rahmen nicht möglich sein, wird die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport im Rahmen der Controlling-

Berichterstattung gemeinsam mit der Senatorin für Finanzen einen Vorschlag für einen Ausgleich vorlegen.

3. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen in Abstimmung mit der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport die Aussetzung der Preiserhöhung zum nächstmöglichen Zeitpunkt für die Eintrittspreise bei der Bremer Bäder GmbH für Kinder, Jugendliche, Familien, Sondertarife nur mit Ausweis oder Schwimmkurse durch einen entsprechenden Gesellschafterbeschluss sicherzustellen.
4. Der Senat stellt fest, dass unter „D. Finanzielle...“ der zweite und dritte Satz ersatzlos gestrichen werden.